



Pressemitteilung

Dringende Aufforderung an die neuen Bundestagsfraktionen und die Koalitionsverhandlungspartner: Das Zusatzprotokoll zum UN-Pakt für soziale Menschenrechte muss endlich ratifiziert werden!

Mit Schreiben vom 15.11.2013 hat sich unsere Stiftung bei den Fraktionen des neu gewählten Bundestages und den Verhandlungspartnern in der Koalitionsverhandlung dafür eingesetzt, dass das Zusatzprotokoll zum UN Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte endlich verabschiedet und im Koalitionsvertrag verbindlich verankert wird. Nur mit Hilfe der Ratifizierung wird der Weg dafür geöffnet, dass auch die sozialen Menschenrechte des UN-Paktes - insbesondere das Recht auf soziale Sicherheit, auf Arbeit, gleichen Lohn, Koalitionsfreiheit, auf Erholung und Freizeit eine angemessene soziale Betreuung, Bildung und kulturelle Betreuung und Freiheit des Kulturlebens – endlich auch bei uns zu einklagbaren Menschenrechten werden.

In dem Schreiben heißt es:

„Obwohl Deutschland die Entstehung und Verabschiedung des Fakultativprotokolls 2008 unterstützt hat, prüft es seitdem immer noch die mit einer Ratifikation verbundenen Anpassungserfordernisse im deutschen Recht. Nach nunmehr fünfjähriger Prüfung muss das Fakultativprotokoll endlich unterzeichnet und ratifiziert werden! Ein weiteres Hinauszögern nährt den Verdacht doppelter Standards im Umgang mit Menschenrechte nach außen und innen. Ohne rechtliche Verankerung der Sozialen Menschenrechte wird es im Deutschland des 21. Jahrhunderts keine soziale Gerechtigkeit geben und keinen Sozialstaat, der diesen Namen verdient.“

Wir fordern daher die neue Bundesregierung auf, das Fakultativprotokoll endlich zu unterzeichnen und zu ratifizieren!

Der Vorsitzende der Stiftung erklärt hierzu:

„Auch wenn einige „Wirtschaftsweise“ meinen, die Situation sei nicht einmal so schlimm, dass ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden müsste, sprechen die Fakten eine andere Sprache: Selbst der offizielle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt das immer stärker Auseinanderklaffen der reichsten und armen Teile der Bevölkerung; auch bei uns müssen Menschen in großer Zahl an Hunger leiden, selbst minderjährige Kinder; eine Mehrheit muss befürchten, im Alter keine Rente zu haben, die für ein angemessenes Leben ausreicht. Die jetzige Chance für einen wichtigen Beitrag zur viel beschworenen sozialen Gerechtigkeit muss also genutzt werden!“

Der Inhalt der Briefe befindet sich im Anhang zu dieser Email, für weitere Informationen steht Ihnen der Vorsitzende der Stiftung gerne zur Verfügung.

Eberhard Schultz

Berlin, den 15.11.2013